



84/2007

Kiel, 17. Juli 2007

Landtagspräsident Kayenburg zu Sparmaßnahmen bei ProSiebenSat1: „Verantwortliche Medienpolitik darf nicht allein dem Diktat von Renditeansprüchen unterliegen“

Kiel (SHL) – Mit „großer Besorgnis“ hat Landtagspräsident Martin Kayenburg auf die angekündigten massiven Sparmaßnahmen beim Medienkonzern ProSieben Sat1 im Zuge der Übernahme durch die Finanzinvestoren KKR und Permira reagiert. „Die Einsparungen und der damit verbundene Verlust von Arbeitsplätzen bei ProSiebenSat1 gehen offensichtlich allein zu Lasten des Informations- und Nachrichtenprogramms des Senders“, so Kayenburg.

Gerade mit Blick auf die offenbar auch in der Diskussion stehende Frage der Reduzierung der regionalen und deutschlandweiten ProSiebenSat1-Berichterstattung sei dies höchst problematisch, befürchtet der Landtagspräsident weitergehende Folgen. Eine offene Frage sei beispielsweise, ob die fortdauernde Existenz der regionalen Sat1-Standorte wie Kiel durch die Sparmaßnahmen gefährdet werde. Denn bei einem drastisch reduzierten bundesweiten Informationsprogramm bestünde nur wenig Bedarf an Zulieferung von Programmangeboten aus der Region. Es sei zu befürchten, dass diese Standorte in absehbarer Zeit ebenfalls von den Sparmaßnahmen betroffen würden.

„Wir wollen nicht, dass die Informationsvielfalt und -versorgung in unserer Region verloren geht. Verantwortliche Medienpolitik darf nicht allein dem Diktat von Renditeansprüchen unterliegen“, warnte der Landtagspräsident. Denn ProSiebenSat1 sei als bundesweites Vollprogramm lizenziert worden und nicht als inhaltsleere Abspielstation von Unterhaltungsangeboten und Serien.

Kayenburg forderte die Landesmedienanstalten auf, „die Entwicklung bei ProSiebenSat1 sehr genau zu beobachten und gegebenenfalls zu prüfen, ob sich die beim Sender ProSiebenSat1 geplanten Sparmaßnahmen mit den Vorgaben in den Sendelizenzen decken.“ Mit Blick auf das deutsche Medienkonzentrationsrecht sprach sich der Landtagspräsident zudem für eine Korrektur der eng gefassten gesetzlichen Grenzen aus. Die sei im Interesse der Sicherung der programmlichen Qualität und Vielfalt der deutschen Privatsender notwendig.